

# Eine unwürdige Diskussion um den Verfassungsschutz in Thüringen

Ein Kommentar von Roland Spitzer

Ob auf Twitter oder in der Presse, immer wieder ist zu vernehmen, dass Politiker der im Lande regierenden Parteien Probleme mit der Polizei und des Verfassungsschutzes haben. Eigentlich unvorstellbar, denn die innere Sicherheit sollte gerade regierenden Parteien eine Herzensangelegenheit sein. Aber gerade bei der Linken ist dies wohl weniger der Fall. Oder um es auf den Punkt zu bringen, es erweckt den Anschein, dass bei einigen Abgeordneten dieser Partei ein regelrechter Hass auf Polizei und Verfassungsschutz besteht.

Jüngstes Beispiel war die im Rahmen der Tagung des NSU-Ausschusses wieder einmal erhobene Forderung der Abgeordneten der Linkspartei, Katharina König-Preuss, zur Abschaffung des Verfassungsschutzes, welche ebenso durch den Abgeordneten Rainer Kräuter unterstützt wird, wie man seinen Verlautbarungen auf Twitter entnehmen konnte.

## ■ Auch öffentlich bekannte Informationen müssen zuvor beschafft werden

Anlass für die erneute Forderung zur Abschaffung des Thüringer Verfassungsschutzes war eine Äußerung des Präsidenten Kramer, dass Informationen über das Ausmaß des NSU-Unterstützerkreises auch der Plattform Wikipedia zu entnehmen sind. Dieser gingen geäußerte Zweifel der Abgeordneten König-Preuss zur Größe des Unterstützerumfeldes voraus, denn sie kannte diese Zahl nicht.



© Roland Spitzer

➤ Verfassungsschutzchef Kramer befürwortet Grundsatzdiskussion.

Der Hinweis von Kramer, dass man diese Zahl sogar auf Wikipedia nachlesen kann, verdeutlichte wohl eher, dass es sich hier um bekanntes Faktenmaterial handle. Fakten und Erkenntnisse, welche übrigens zuvor auch einmal ermittelt und gesammelt werden mussten, und wohl erst durch die Arbeit des NSU-Ausschusses bekannt wurden.

Somit handelt es sich um gesichertes Material, auf welches der Präsident des Verfassungsschutzes in Thüringen verwies. Daraus eine Forderung zur Auflösung des Verfassungsschutzes wirkt schon etwas befremdlich. Dies sah wohl auch der Koalitionspartner SPD ebenso. Sowohl die Vorsitzende des NSU-Ausschusses, Dorothea Marx, als auch Innenminister Maier sahen sich genötigt, die Notwendigkeit eines Verfassungsschutzes in Thüringen zu betonen.

## ■ Überwältigende Mehrheit spricht sich für den Erhalt des Verfassungsschutzes aus

Doch wie sieht es tatsächlich aus, wenn man einmal fragt, ob der Verfassungsschutz abgeschafft oder beibehalten werden soll. Hierzu haben wir einmal eine nicht repräsentative Umfrage gestartet, in der nur zwölf Prozent der Befragten der Auffassung waren, dass der Thüringer Verfassungsschutz nicht notwendig ist.

Die Mehrheit sah das anders! 88 Prozent der Befragten befürworteten die Arbeit des Verfassungsschutzes, wobei sich sogar knapp die Hälfte (48 Prozent) für eine personelle Verstärkung aussprachen. Eine Forderung, welche übrigens auch die DPoIG mit der Schaffung von 36 neuen Planstellen unterstützt.

Acht Prozent gaben an, dass der Verfassungsschutz mit seiner Arbeit vor Extremisten schützt, wobei jeweils nur eine Antwort möglich war. Offensichtlich gibt es bei der Bevölkerung ein anderes Sicherheitsbedürfnis als bei ei-

nigen Abgeordneten der Regierungspartei.

Natürlich kann man für die Abschaffung des Verfassungsschutzes, den Abbau der Polizei, oder gar für Anarchie sein. Solange man nicht die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung trägt, ist das auch nicht weiter schlimm. Doch wie will eine Regierungspartei, in deren Händen die Sicherheit der Bevölkerung liegt, das die Abschaffung oder Reduzierung von Institutionen und Einrichtungen, welche wesentlich zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit beitragen, der richtige Weg ist. Verstehen wird das wohl kaum jemand.

## ■ Präsident Kramer offen für eine Grundsatzdiskussion

Nun wurde in jüngster Vergangenheit oft über den Präsidenten des Thüringer Verfassungsschutzes, Stephan J. Kramer, gesprochen und geschrieben. Da dachte ich mir, wie es denn wäre, den anderen Weg zu gehen und ihn einmal direkt anzusprechen. Ich muss zugeben, dass ich doch erstaunt war, sofort eine Antwort von ihm zu erhalten. Dies, obwohl es gar keine offizielle Anfrage war.

Kramer ist auch dafür, über die Rolle und die Aufgaben des Thüringer Verfassungsschutzes zu reden. Konkret antwortete er mir folgendes:

„Ich denke, wir müssen uns eine Grundsatzdiskussion vor allem ohne ideologische Scheuklappen und Denkverbote leisten. Die Sicherheitsarchitektur bedarf der Anpassung, denn sie wurde für eine ganz andere Sicherheits- und Bedro-

## Impressum:

Landesverband  
und Redaktion:  
Deutsche Polizeigewerkschaft  
Thüringen e. V. unter Vorsitz von  
Jürgen Hoffmann (V. i. S. d. P.)  
Schwerborner Straße 33  
99086 Erfurt  
Tel.: 0361.2657097  
Fax: 0361.2658959  
E-Mail:  
presse@DPoIG-Thueringen.de  
Twitter: @DPoIGThueringen  
ISSN 09 45 – 05 13

Autoren sind in den Beiträgen  
bezeichnet und der Redaktion  
namentlich bekannt.

hungssituation konstruiert. Die Abrissbirne ist jedenfalls so lange keine Perspektive, wie wir keinen Bauplan für eine angemessene Alternative haben.

Mehr und vor allem qualifiziertes Personal ist dringend überfällig, wenn man die Lehren auch aus den bisherigen Pannen und Skandalen wirklich

ziehen will. Darüber hinaus müssen wir uns über den Bauplan unterhalten und gegebenenfalls um- und neubauen.

Ein ‚weiter so‘ und nur mehr Personal ist keine Option, weder im Bund noch in den Ländern, um mit den Bedrohungen adäquat umzugehen und gemeinsam für Sicherheit in

unserer freien Gesellschaft einzutreten. Ohne Sicherheit keine Freiheit!“

Das sind klare Ansagen, aus denen wohl mehr als die Bereitschaft für ein schnelles Gespräch zu erkennen ist. Das sollten auch die Befürworter der Abschaffung des Verfassungsschutzes nutzen!

Tun sie es nicht, sollten sie zumindest einmal darlegen, welche Vorstellungen sie in Regierungsverantwortung haben, um eine sichere und freie Gesellschaft zu garantieren. Abschaffung und Personalabbau dürften da wohl kaum die richtigen Rezepte sein! ■

## Impfschutz darf nicht dem Zufall überlassen werden

### Ist der Impfstoff wirklich knapp?

Immer öfter müssen unsere Kolleg(inn)en erfahren, dass die Gewaltbereitschaft gegenüber Vollzugsbeamten quer durch alle Gesellschaftsschichten permanent zunimmt. Dies betrifft verbale Gewalt genauso, wie physische Gewalt.



© Archiv

In nicht wenigen Fällen wird das Missfallen über die Arbeit unserer Kolleg(inn)en auch durch Aus- und Anspucken zum Ausdruck gebracht. Dabei weiß niemand, welche möglichen Krankheiten dadurch übertragen werden. Dabei reden wir nicht nur von der alljährlich auftretenden Grippe, sondern auch von Krankheiten, welche schwere Folgeschäden mit sich bringen können.

Leider kommt es aber auch vor, dass die Kolleg(inn)en nicht nur bespuckt, sondern gebissen werden, was den Weg für weitere mögliche Ansteckungen und die damit verbundenen Folgeerkrankungen ebnet.

Da gerade die im Wechsel- und Streifendienst tätigen Polizisten einem besonders hohen Infektionsrisiko ausgesetzt sind, hat der Dienstherr einen Impfplan zu deren Schutz erstellt.

#### ■ Kollegen müssen selbst für ihren Schutz Sorge tragen

Dieser Impfplan ist jedoch nicht verpflichtend, sondern eine Empfehlung für einen dem aktuellen Erkenntnisstand möglichst besten Schutz vor Infektionen. Es liegt dabei jedoch in der Hand jedes Einzelnen, sich darum zu kümmern, dass die notwendigen Impfungen auch durchgeführt werden. Wer dies nicht tut, setzt sich und sein Umfeld in unverantwortlicher Weise einem Risiko aus, Krankheiten zu bekommen, welche möglicherweise lebenslange Folgeschäden mit sich bringen. Vom schlimmsten Fall eines Krankheitsverlaufes, dem Ende des eigenen Lebens, möchte man ja gar nicht ausgehen.

Aber es gibt ja zum Glück viele Kolleg(inn)en, denen dies bewusst ist, und die auch sorgsam darauf achten, ihren Impfplan einzuhalten. Doch hier scheinen sich einige Probleme aufgestaut zu haben. So berichteten uns Kolleg(inn)en, welche sich die notwendigen Impfungen geben lassen wollten, dass nicht immer klar ist, ob auch der entsprechende Impfstoff vorrätig ist.

#### ► Ist ausreichend Impfstoff vorhanden?

Bei Ihrem Besuch beim medizinischen Dienst in Erfurt mussten sie feststellen, dass es mit dem Impfstoff wohl etwas mehr als knapp bestellt ist. Wie sie berichteten, erhielten sie die zwei letzten Dosen, und ansonsten war der Medikamentenschrank leer. Das kann natürlich geschehen, wenn die neue Lieferung gerade unterwegs ist. Doch dem war offensichtlich nicht so, denn bei der Frage nach dem nächsten planmäßigen Impftermin wurde den Kolleg(inn)en die Auskunft gegeben, dass sie doch zuvor anrufen sollen, ob denn der notwendige Impfstoff auch vorrätig ist.

Auf ihre Frage, warum dies denn so ist, erhielten sie die Antwort, dass seitens der LPD nicht genügend Impfstoff bestellt wurde. Offensichtlich gibt es hier Probleme mit der Bereitstellung von Impfstoff, welche wohl in der Arbeit bei den verantwortlichen Stellen in der LPD zu suchen sind, denn auf dem Markt soll genügend Impfstoff vorhanden sein. So ist es wohl ein hausgemachtes Problem, welches dazu führen kann, dass unsere Kolleg(inn)en nicht im notwendigen Umfang gegen mögliche Infektionen

geschützt werden können. Es kann einfach nicht hingenommen werden, dass durch eine offensichtlich nicht den Anforderungen notwendige Beschaffungspolitik die Kollegen dem Risiko schwerwiegender Infektionen ausgesetzt werden.

**Sorge vor Infektionen beeinträchtigt das gesamte Leben**

Es sind gemischte Gefühle, welche der Impftermin unserer Kolleg(inn)en bei ihrem Besuch im PÄD hinterlassen hat. Es bleiben offene Fragen, ob sie denn auch zukünftig ausreichend geschützt werden können und ob sie denn gegen alle möglichen Infektionen immunisiert wurden. Fragen, die selbstverständlich auch im Kreise der Kollegen diskutiert

werden. Dies auch deshalb, da das Nichtwissen um eine mögliche Infektion zu psychischen Belastungen, aber auch zu Beeinträchtigungen des persönlichen Lebens führen.

Werden sie bespuckt oder gar gebissen, so ist oft nicht klar, ob diejenigen, welche gespuckt haben, erkrankt sind und welche Krankheitserreger sie überhaupt in sich tragen. Einige Krankheiten haben ja auch langfristige Inkubationszeiten, sodass erst nach Wochen oder Monaten klar ist, ob man infiziert wurde.

Dies ist eine Zeit des Bangens um die persönliche Gesundheit, aber auch die des engen Familien- und Freundeskreises. Kolleg(inn)en berichteten, dass sie aus Sorge, ihre Familie an-

zustecken, den Kontakt während der Zeit der Ungewissheit über eine mögliche Infektion einschränken. So kommt neben der eigenen psychischen Belastung auch eine Belastung des gesamten Umfeldes hinzu. Das ist ein untragbarer Zustand.

**Dienstherr muss handeln und sich erklären**

Um die beschriebenen Ängste, welche offensichtlich und gerade bei den Kolleg(inn)en des Wechsel- und Streifenendienstes vorhanden sind, abzubauen, ist es notwendig, dass seitens des Dienstherrn erklärt wird, wie die Versorgung mit ausreichend Impfstoff zukünftig dauerhaft und ohne Versorgungsengpässe garantiert wird. Ebenso sollte der Impfplan auch auf neu

hinzugekommene infektiöse Krankheiten hin überprüft werden.

Dabei führen eine veraltete Weisungslage und die Nichtnachbesetzung des Apothekers beim PÄD nun zum Engpass an Impfstoffen. Doch statt eine zügige Lösung zu finden, wird wie immer nur diskutiert. Das muss umgehend geklärt werden!

Es kann nicht im Interesse des Dienstherrn liegen, dass die ohnehin angespannte Personalsituation zusätzlich durch vermeidbare Erkrankungen verschärft wird. Hier müssen klare Aussagen getroffen werden, um bestehende Ängste abzubauen.

Roland Spitzer

**Kurz notiert ...**

**Glückwünsche zur Beförderung**

Zum 1. September wurden innerhalb der Thüringer Polizei zahlreiche Kolleg(inn)en befördert. Wir möchten an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, und unsere Glückwünsche zur Beförderung aussprechen.

Wir wissen aber auch, dass noch viele Kolleg(inn)en bereits seit Jahren auf ihre Beförderung warten. Hier werden wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass Lösungen gefunden werden, welche allen eine Perspektive im Berufsleben aufzeigt, bei der sie nicht länger bangen müssen, bis zu ihrer Pensionierung nicht befördert zu werden. Schließlich ist die Beförderung auch eine Anerkennung der gezeigten Leistungen. Dabei wollen wir auch weiterhin nicht akzeptieren, dass diese Anerkennung nur nach Kassenlage und nicht entsprechend der gezeigten Leistung erfolgt.

Wir wissen aus der Erfahrung der vergangenen Jahre, dass dies kein einfacher Weg ist. Um hier erfolgreich zu sein, benötigen wir ebenso das aktive Engagement aller in unserer Gewerkschaft vertretenen Kolleg(inn)en!

**Hinweise zum DPoIG Rechtsschutz**

Als DPoIG sind wir stets bemüht, unseren Mitgliedern den bestmöglichen Rechtsschutz zu bieten. Seit Jahren werden Kolleg(inn)en, welche unser Rechtsschutzangebot in Anspruch nehmen müssen, durch unseren Rechtsschutzbeauftragten Peter Schlage sach- und fachkundig betreut.

Nun wird Kollege Schlage aus dem aktiven Polizeidienst ausscheiden und seinen wohlverdienten Ruhestand genießen. Er wird jedoch auch weiterhin als unser Rechtsschutzbeauftragter tätig sein, und Sie in gewohnt guter und professioneller Weise beraten.

Bedingt durch sein Ausscheiden aus dem aktiven Dienst

ist er ab sofort nicht mehr unter seiner dienstlichen Mail-Adresse zu erreichen!

Aus diesem Grund sowie im Interesse der Wahrung möglicher Fristen bitten wir darum, Rechtsschutzanträge zukünftig ausschließlich in der Geschäftsstelle einzureichen.

Dies entweder per E-Mail an: DPoIG@DPoIG-Thueringen.de

oder postalisch an: DPoIG Thüringen e. V. Schwerborner Straße 33 99086 Erfurt

Gleichzeitig möchten wir nochmals darauf verweisen, dass Rechtsschutzanträge oft mit der Einhaltung von Fristen verbunden sind. Es ist deshalb auch in Ihrem Interesse, wenn Sie diese schnellstmöglich bei uns einreichen.

**Änderungsmeldungen umgehend einreichen**

Voraussetzung für eine gute Gewerkschaftsarbeit ist auch die permanente Pflege des Mitgliederbestandes. Dieser

wird zentral von unserem Schatzmeister betreut. Das kann jedoch nur erfolgen, wenn auch Änderungen, sowohl im persönlichen, als auch im dienstlichen Bereich, zeitnah mitgeteilt werden.

Dies betrifft den persönlichen Umzug, eine Versetzung in einen anderen Dienstbereich, oder auch Änderungen in der Besoldung. Wir möchten sie bitten, uns solche Veränderungen zeitnah mitzuteilen. Dies kann entweder per Mail an den Schatzmeister (Schatzmeister@DPoIG-Thueringen.de) oder über unsere Webseite unter [www.dpolg-thueringen.de/mitgliedschaft/aenderungsmittelung/](http://www.dpolg-thueringen.de/mitgliedschaft/aenderungsmittelung/) erfolgen.

Es ist auch in Ihrem Interesse, wenn Sie dies rechtzeitig und zeitnah tun, so ist es beispielsweise in Fällen der Gewährung von Rechtsschutz notwendig, dass wir über die aktuellen Daten und Angaben verfügen.

# Spuckhauben sollen bis Jahresende angeschafft werden

DPoIG-Einsatz von Erfolg gekrönt

**Erfurt (RS)** – Im vergangenen POLIZEISPIEGEL berichteten wir darüber, dass der Einsatz von Spuckhauben auch in Thüringen unumgänglich ist. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, haben wir mit dem Erscheinen im POLIZEISPIEGEL auch eine entsprechende Pressemitteilung herausgegeben.

Vom Echo, welches unsere Forderung bundesweit erfuhrt, waren auch wir positiv überrascht. Ein Echo, welches auch im Innenministerium nicht ungehört verhallte. So erklärte der Sprecher der LPD, Patrick Martin, gegenüber dem Thüringen Journal, dass das Innenministerium entschieden hat, dass Spuckhauben auch für Thüringen angeschafft werden sollen.

**Hauben könnten sofort angeschafft werden**

Prinzipiell wäre es möglich, die erforderlichen Spuckhauben umgehend anzuschaffen. Gäbe es da nicht die Bürokratie, welche erst einmal einen Vorgang im Vorfeld der Beschaffung einfordert. Hierzu erklärte Martin, dass es zur Herstellung der Handlungssicherheit notwendig ist, dass im Vorfeld genau beschrieben wird, bei welchen Gelegenheiten und unter welchem Gefahrenbegriff diese eingesetzt werden dürfen. Dies entspricht auch dem Polizeiaufgabengesetz, welches verlangt, dass eine bestimmte Art von Gefahr vorliegen muss, welches dazu berechtigt, ein bestimmtes polizeiliches Ein-



© Mehler Law Enforcement GmbH / Fulda

Spuckhauben schützen vor unerwünschten Spuck- und Beißattacken! Welches Modell zum Einsatz kommt, ist noch nicht entschieden.

satzmittel einzusetzen. Dies muss dann in einer Dienstweisung niedergelegt werden, damit die Kolleg(inn)en wissen, wann die Spuckhauben eingesetzt werden können. Dies darf nicht zu früh, aber auch nicht zu spät erfolgen.

Wann dies endgültig geklärt sein wird, ist noch nicht sicher, aber die LPD hat angekündigt,

dass es Ende des Jahres so weit sein könnte.

Als Gewerkschaft werden wir darauf achten, dass hier nicht noch mehr Zeit ins Land geht, in der unsere Kolleg(inn)en ungeschützt Spuck- und Beißattacken ausgesetzt sind, und die notwendigen Hauben auch zum Jahresende angeschafft werden.  
*Roland Spitzer*

## Traueranzeige

### Gerd Schulz verstorben

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der ersten Septemberhälfte haben wir die traurige Nachricht erhalten, dass unser langjähriger Mitstreiter im tbb, Gerd Schulz, im Alter von nur 63 Jahren verstorben ist. Auch wenn uns seine schwere Erkrankung bekannt war, so hat uns sein plötzlicher Tod dennoch überrascht und umso mehr erschüttert.

Gerd Schulz war von 1996 bis 2014 Mitglied im Landeshauptvorstand des tbb und als enger Freund und Kollege der DPoIG Thüringen immer bestrebt, die Belange von Justiz und Polizei gemeinsam mit uns zu vertreten.

Als Landesvorsitzender des BSBD und des Hauptpersonalrates Justizvollzug im Thüringer Justizministerium war seine Arbeit geprägt von Engagement und sehr guter Sachkenntnis.

Seit 1990 hat er als Gründungsmitglied den BSBD in Thüringen maßgeblich mit aufgebaut und geprägt. 1994 wurde er zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Die Position des Vorsitzenden füllte er von 1998 bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand 2014 aus. Unter seiner Führung hat sich der BSBD zur stärksten Interessenvertretung im Strafvollzug in Thürin-



© tbb

gen entwickelt. Als verlässlicher Partner stand er den Kolleginnen und Kollegen oft unter Einsatz seiner persönlichen Freizeit jederzeit zur Seite.

Sein Engagement ging über die Landesgrenzen hinaus. So schlossen unter seiner Mitwirkung die

Landesbünde Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen mit der polnischen Gewerkschaft für Strafvollzug eine Kooperationsvereinbarung.

2017 wurde sein Engagement im tbb mit der Ehrenmedaille gewürdigt.

Mit Gerd Schulz verlieren wir einen sehr geschätzten Kollegen und Mitstreiter für die gemeinsamen Belange und Interessen der Kolleg(inn)en des Strafvollzuges und der Polizei. Sein Wirken als Gewerkschafter soll uns über seinen Tod hinaus Ansporn für eine gute Gewerkschaftsarbeit sein.

In stillem Gedenken für den DPoIG-Landesvorstand,

*Jürgen Hoffmann*